

Lasst unser Schiff frei!

Die Flüchtlings- und Integrationshilfe Idstein e.V. kritisiert die Festsetzung des deutschen Seenotrettungsschiffes Sea-Watch 4.

In der Nacht zum 20.09.2020 wurde das Seenotrettungsschiff 'Sea-Watch 4 powered by United4Rescue' von den italienischen Behörden im Hafen von Palermo festgesetzt. Als Bündnispartner von United4Rescue setzt sich die Flüchtlings und Integrationshilfe Idstein e.V. für die sofortige Freilassung des Schiffes ein.

Die "Sea-Watch 4" war seit August im Einsatz. Sie liegt im Hafen von Palermo, nachdem sie am 2. September 353 gerettete Menschen an eine Quarantänefähre übergeben hatte.

Nach einer elfstündigen Inspektion der italienischen Hafenkontrolle ist die "Sea-Watch 4" in Palermo festgesetzt worden. Tatsächlich erfüllt das Schiff alle Sicherheitsvorgaben des deutschen Flaggenstaates, wie die deutschen Behörden Sea-Watch erst im Juli bestätigt haben. Mit der Sea-Watch 4 wird zum fünften Mal ein ziviles Rettungsschiff an der Rückkehr in den Einsatz gehindert. Diese Inspektionen sind politisch motiviert und dienen allein dem Zweck, Rettungsoperationen zu verhindern.

"Gemeinsam mit United4Rescue fordern wir die italienischen Behörden auf, die Sea-Watch 4 umgehend freizulassen und das Ende der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung", so Bernd Kopsch von der Flüchtlings und Integrationshilfe Idstein e.V. (FHI). Mit der Kriminalisierung der Sea-Watch 4 kriminalisiert die italienische Regierung nicht nur die Retter, sondern auch die über 600 zivilgesellschaftlichen Partner, die das Bündnis zur zivilen Seenotrettung unterstützen. Die FHI ist dem Bündnis verbunden, weil das Recht auf ein unversehrtes Leben universell ist.

Menschen auf der Flucht bewusst die Hilfe zu verweigern oder diese gar sterben zu lassen ist inhuman und unbarmherzig und deswegen nicht akzeptabel!

United4Rescue vereint mehr als 600 große und kleine Organisationen, Initiativen, Unternehmen, Vereine und Stiftungen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. Bündnispartner*innen sind u.v.a. der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), World Vision Deutschland, der Koordinierungsrat der Muslime und die Evangelische Kirche in Deutschland.